

Geschäftsverteilung des Bundesverfassungsgerichts für das Geschäftsjahr 1997

A. Vorbemerkung

Die Zuständigkeit der Senate ergibt sich aus § 14 Abs. 1 bis 3 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht (BVerfGG) und dem Beschluß des Plenums des Bundesverfassungsgerichts nach § 14 Abs. 4 Satz 1 BVerfGG vom 15. November 1993 (BGBl. I S. 2492).

B. Erster Senat

Beschluß des Ersten Senats vom 19. Dezember 1996

I.

Die Behandlung und Zuteilung verfahrenseinleitender Anträge (Sachgebiete/Teil A und in einem Umlaufverfahren/Teil B) auf die einzelnen Mitglieder des Ersten Senats bestimmt sich im Geschäftsjahr 1997 mit Wirkung vom 1. Januar 1997 nach Maßgabe des Beschlusses des Ersten Senats vom 5. Dezember 1995 für das Geschäftsjahr 1996 (BANz. Nr. 47a vom 7. März 1996).

II.

Hinsichtlich der Zusammensetzung der drei Kammern gemäß § 15a Abs. 1 und Abs. 2 BVerfGG, des Ausschusses gemäß § 14 Abs. 5 BVerfGG und der Durchführung einer Voruntersuchung gemäß § 38 Abs. 2, § 54 Abs. 2 und § 58 Abs. 1 BVerfGG verbleibt es im Geschäftsjahr 1997 bei den Regelungen gemäß Beschluß des Ersten Senats vom 5. Dezember 1995 für das Geschäftsjahr 1996 (BANz. Nr. 47a vom 7. März 1996).

C. Zweiter Senat

Beschlüsse des Zweiten Senats vom 11. Dezember 1996

1. Geschäftsverteilung des Senats

I.

1. In Verfassungsbeschwerde-Verfahren nach Artikel 93 Abs. 1 Nr. 4a und 4b GG (§ 13 Nr. 8a BVerfGG) und in Verfahren der konkreten Normenkontrolle nach Artikel 100 Abs. 1 GG (§ 13 Nr. 11 BVerfGG) erfolgt die Bestellung des Berichterstatters in Zuordnung zu den aus Nummer I der Anlage ersichtlichen Rechtsgebieten.
2. In den Verfahren der abstrakten Normenkontrolle nach Artikel 93 Abs. 1 Nr. 2 GG (§ 13 Nr. 6 BVerfGG), der Vorlagen nach Artikel 100 Abs. 3 GG (§ 13 Nr. 13 BVerfGG) und der sonstigen Fälle nach Artikel 93 Abs. 2 GG (§ 13 Nr. 15 BVerfGG) orientiert sich die Bestellung des Berichterstatters an den aus Nummer I der Anlage ersichtlichen Rechtsgebieten und maßgeblich daran, welcher Richter angesichts der Geschäftslage das Verfahren gegenwärtig am wirksamsten fördern kann.

II.

In den übrigen Verfahrensarten erfolgt die Bestellung des Berichterstatters nach Maßgabe der aus Nummer II der Anlage ersichtlichen Verteilung.

III.

In Fällen der nicht nur kurzfristigen Dienstunfähigkeit oder der nachhaltigen Überlastung eines Richters kann abweichend von der unter I und II geregelten Geschäftsverteilung ein anderer Richter zum Berichterstatter bestellt werden.

Anlage

Vorsitzende des Senats Präsidentin Limbach

- I. Parlamentsrecht.
- II. Organstreitigkeiten nach Artikel 93 Abs. 1 Nr. 1 GG (§ 13 Nr. 5 BVerfGG), öffentlich-rechtliche Streitigkeiten innerhalb eines Landes nach Artikel 93 Abs. 1 Nr. 4 GG (§ 13 Nr. 8 BVerfGG) und Verfassungsstreitigkeiten innerhalb eines Landes nach Artikel 99 GG (§ 13 Nr. 10 BVerfGG), sofern sie überwiegend den Umfang der Rechte und Pflichten der Parlamente und ihrer Organe betreffen.

BVRin Graßhof

- I. 1. Wahlrecht,
2. Aus dem Strafverfahrens- und Ordnungswidrigkeitenrecht: Wiedereinsetzung,
3. Klageerzwingungsverfahren (50% der Eingänge),
4. Streitige Zivilgerichtsbarkeit (60% der Eingänge),
5. Freiwillige Gerichtsbarkeit,
6. Staatsangehörigkeitsrecht,

7. Auslieferungsrecht,

8. Zentralregistersachen.

- II. 1. Verfahren nach Artikel 18 GG (§ 13 Nr. 1 BVerfGG),
2. Verfahren nach Artikel 41 Abs. 2 GG (§ 13 Nr. 3 BVerfGG),
3. Organstreitigkeiten nach Artikel 93 Abs. 1 Nr. 1 GG (§ 13 Nr. 5 BVerfGG), sofern sie das Wahlrecht betreffen.

BVR Kruis

- I. 1. Materielles und formelles Strafvollstreckungsrecht,
2. Maßnahmen im Vollzug von
 - a) Untersuchungshaft,
 - b) Straftaft,
 - c) Unterbringungen,
 - d) sonstigen Freiheitsentziehungen,
3. Maßnahmen nach dem 1. Buch, 8. Abschnitt StPO in Straf- und Ordnungswidrigkeitsverfahren,
4. Ordnungswidrigkeitenrecht, ausgenommen Wiedereinsetzung.
- II. 1. Bund/Länderstreitigkeiten nach Artikel 84 Abs. 4 Satz 2, Artikel 93 Abs. 1 Nr. 3 und 4 GG (§ 13 Nr. 7 und 8 BVerfGG),
2. Verfassungsstreitigkeiten innerhalb eines Landes nach Artikel 99 GG (§ 13 Nr. 10 BVerfGG), soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist.

BVR Kirchhof

- I. 1. Finanzverfassungs- und Haushaltsrecht,
2. Abgaben- und Steuerrecht, einschließlich Verfahrensrecht,
3. Verfahren aus sämtlichen Rechtsgebieten, bei denen die Auslegung von Völker- und Europarecht von erheblicher Bedeutung sind,
4. Klageerzwingungsverfahren (50% der Eingänge),
5. Anordnung und Aufrechterhaltung von Untersuchungshaft.
- II. 1. Organstreitigkeiten nach Artikel 93 Abs. 1 Nr. 1 GG (§ 13 Nr. 5 BVerfGG), soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist,
2. Verfahren nach Artikel 100 Abs. 2 GG (§ 13 Nr. 12 BVerfGG).

BVR Winter

- I. 1. Strafrecht, ohne Wehrstrafrecht,
2. Strafverfahrensrecht, soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist,
3. Gnadensachen,
4. Streitige Zivilgerichtsbarkeit (15% der Eingänge).
- II. 1. Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten zwischen verschiedenen Ländern nach Artikel 93 Abs. 1 Nr. 4 GG (§ 13 Nr. 8 BVerfGG), soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist,
2. Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten innerhalb eines Landes nach Artikel 93 Abs. 1 Nr. 4 GG (§ 13 Nr. 8 BVerfGG), soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist.

BVR Sommer

- I. 1. Materielles Asylrecht (25% der Eingänge),
2. Asylverfahrensrecht,
3. Ausländerrecht,
4. Streitige Zivilgerichtsbarkeit (25% der Eingänge),
5. Sozialgerichtsbarkeit, Arbeitsgerichtsbarkeit,
6. Verwaltungsgerichtsbarkeit, soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist,
7. Wiedergutmachungsrecht einschließlich des Gesetzes zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes.
- II. Verfahren nach Artikel 61 GG (§ 13 Nr. 4 BVerfGG).

BVR Jentsch

- I. 1. Parteienrecht,
2. Recht des öffentlichen Dienstes, einschl. Verfahrensrecht,
3. Personalvertretungsrecht,
4. Wehr- und Ersatzdienstrecht, einschl. Unterhaltssicherungsrecht,

5. G 131,
 6. Berufs- und Ausbildungsrecht,
 7. Berufs- und Ehrengerichtbarkeit,
 8. Wehrstrafrecht,
 9. Materielles Asylrecht (37,5% der Eingänge).
- II. 1. Verfahren nach Art. 21 Abs. 2 GG (§ 13 Nr. 2 BVerfGG),
2. Verfahren nach Art. 98 Abs. 2 und 5 GG (§ 13 Nr. 9 BVerfGG),
 3. Organstreitigkeiten nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 1 GG (§ 13 Nr. 5 BVerfGG), öffentlich-rechtliche Streitigkeiten innerhalb eines Landes nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 4 GG (§ 13 Nr. 8 BVerfGG) und Verfassungsstreitigkeiten innerhalb eines Landes nach Art. 99 GG (§ 13 Nr. 10 BVerfGG), sofern sie den verfassungsrechtlichen Status politischer Parteien betreffen.

BVR Hassemer

- I. 1. Kommunalrecht, insbesondere Verfassungsbeschwerden gemäß § 91 BVerfGG,
 2. Materielles Asylrecht (37,5% der Eingänge),
 3. Staatskirchenrecht einschl. des Rechts der Dienstverhältnisse zu Religionsgesellschaften und des zugehörigen Disziplinarrechts,
 4. Privat- und Nebenklage,
 5. Wiederaufnahme des Strafverfahrens (4. Buch StPO) einschl. der Rehabilitierungs- und Kassationsverfahren.
- II. Verfahren nach Art. 126 GG (§ 13 Nr. 14 BVerfGG).

**2. Kammern des Senats
gemäß § 15a Abs. 1 Satz 1
und Abs. 2 BVerfGG**

Für das Geschäftsjahr 1997 werden gemäß § 15a Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 BVerfGG drei Kammern in folgender Besetzung gebildet:

1. Kammer: BVR Sommer
BVR Jentsch
BVR Hassemer
2. Kammer: Präsidentin Limbach
BVR Kruis
BVR Winter
3. Kammer: Präsidentin Limbach
BVRin Graßhof
BVR Kirchhof

Bei Verhinderung ordentlicher Kammermitglieder treten

- a) für die Mitglieder der 1. Kammer die Mitglieder der 2. Kammer, sodann die Mitglieder der 3. Kammer,
- b) für die Mitglieder der 2. Kammer die Mitglieder der 3. Kammer, sodann die Mitglieder der 1. Kammer und
- c) für die Mitglieder der 3. Kammer die Mitglieder der 1. Kammer, sodann die Mitglieder der 2. Kammer,

jeweils mit dem dienstjüngsten Mitglied (§ 8 der Geschäftsordnung des Bundesverfassungsgerichts) beginnend, als Stellvertreter ein.

Die 1. und 3. Kammer ist für die Verfassungsbeschwerden und Vorlagen (§ 81 BVerfGG) aus den Dezernaten ihrer ordentlichen Mitglieder zuständig, die 2. Kammer ist für Verfassungsbeschwerden und Vorlagen (§ 81 BVerfGG) aus den Dezernaten der Richter Kruis und Winter zuständig.

3. Ausschuß gemäß § 14 Abs. 5 BVerfGG

Für das Geschäftsjahr 1997 werden in den Ausschuß gemäß § 14 Abs. 5 BVerfGG berufen:

BVRin Graßhof

BVR Kruis

und als Stellvertreter

BVR Kirchhof

BVR Winter.

Die Vertreter sind in der Reihenfolge heranzuziehen, in der sie vorstehend aufgeführt sind.

D. Beschluß des Plenums

des Bundesverfassungsgerichts vom 6. Dezember 1978

Soweit sich die Zuständigkeit der Senate nach dem Anfangsbuchstaben richtet, entscheidet der Name des Beschwerdeführers, bei mehreren Beschwerdeführern des in der Verfassungsbeschwerdeschrift an erster Stelle Genannten.

Im einzelnen sind maßgebend:

1. bei Verfassungsbeschwerden natürlicher Personen:
der Anfangsbuchstabe des Familiennamens; dabei gelten die zum Namen gehörenden Adelsbezeichnungen im Sinne der Zuständigkeitsregelung nicht als Teil des Familiennamens; werden nebeneinander eine Firma und ihre Inhaber oder eine Gesellschaft und ihre Gesellschafter als Beschwerdeführer genannt, so ist nur die Firma (Gesellschaft) maßgebend;
2. bei Verfassungsbeschwerden juristischer Personen:
 - a) der Anfangsbuchstabe des ersten in der Bezeichnung des Beschwerdeführers enthaltenen Familiennamens, gleichviel, ob er als Hauptwort, Eigenschaftswort oder Bestandteil eines zusammengesetzten Wortes erscheint;
 - b) beim Fehlen eines derartigen Familiennamens der Anfangsbuchstabe des ersten Hauptwortes;
 - c) beim Fehlen auch eines Hauptwortes der Anfangsbuchstabe des ersten Wortes;

in den Fällen zu Buchstabe b und c bleiben jedoch folgende Worte und ähnliche korporative Sammelbezeichnungen — sofern sie nicht als Bestandteil eines zusammengesetzten Wortes gebraucht sind — außer Betracht:

Aktiengesellschaft, Anstalt, Bank, Baugenossenschaft, Bau-gesellschaft, Bauverein, Direktion, Fabrik, Firma, Gemeinde, Gesellschaft, Genossenschaft, Gewerkschaft, Grube, Grund-stücks-, Handels-, Kommanditgesellschaft, Korporation, Stif-tung, Verband, Verein, Vereinigung, Zeche, Zentrale;

3. bei Verfassungsbeschwerden
 - a) eines Konkursverwalters; der Name des Gemeinschuld-ners;
 - b) eines Zwangsverwalters oder Treuhänders; der Name des Schuldners bzw. des Betreuten;
 - c) eines Nachlaßverwalters, Nachlaßpflegers oder Testa-mentsvollstreckers; der Name des Erblassers.